

Dipl.-Volkswirtin Sigrid Nicodemus

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2007

Im vorliegenden Beitrag wird ein Überblick über die am 31. Dezember 2007 bestehenden Schulden aller öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände einschl. ihrer jeweiligen Extrahaushalte) gegeben. Dieser wird nach den unterschiedlichen Schuldarten gegliedert und um Daten über die Schuldenneuaufnahmen der öffentlichen Haushalte nach Laufzeiten und ihre Schuldentilgungen im Laufe des letzten Jahres ergänzt. Eine Übersicht über die Schulden je Einwohner ermöglicht einen Regionalvergleich nach Ländern. Der Schuldenstand der Gemeinden wird auch nach den wichtigsten kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen sowie nach Gemeindegrößenklassen dargestellt.

Vorbemerkung

Die Höhe der Schulden öffentlicher Haushalte ist eine zentrale Zielgröße des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. Das Maastricht-Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union (EU) sieht vor, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dauerhaft unter 60% zu halten. Seit 2003 hat Deutschland dieses Ziel jeweils deutlich verfehlt, die höchste Schuldenquote wurde für Deutschland am Jahresende 2005 mit 67,8% ermittelt. Ende 2007 sank die Schuldenquote für Deutschland auf 65,0% (Vorjahr 67,6%); der Durchschnitt in der EU beträgt 58,7% und in der Eurozone 66,6%. Erreicht wurde im Jahr 2007 allerdings, dass die sogenannte Defizitquote – das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen – erstmals seit 2001 mit 0,0% wieder deutlich unter dem von der EU geforderten Referenzwert von 3% lag. Der Durchschnitt der EU-27 beträgt hier 0,9%, der der Eurozone 0,6%.

Die Berechnung des hierfür relevanten Schuldenstandes erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Sie unterscheidet sich von der in diesem Beitrag verwendeten haushaltsmäßigen Abgrenzung der deutschen amtlichen Schuldenstatistik dadurch, dass für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem noch die Kassenverstärkungskredite, die Verkäufe von Post- und Telekom-Aktien des Bundes an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Verbindlichkeit des Bundes aus dem Münzumsatz sowie die Schulden der Sozialversicherung mit einbezogen werden.

Die im Rahmen der Föderalismuskommission II, der Kommission von Deutschem Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, geführten Überlegungen zur Schaffung einer bundesgesetzlichen Verschuldensregelung haben den Blick stärker auf den Schuldenstand des Bundes und der Bundesländer gelenkt.

Methodische Erläuterungen

Zu den öffentlichen Haushalten zählen in diesem Beitrag die Haushalte des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) einschließlich ihrer jeweiligen Extrahaushalte. Die fortschreitenden Ausgliederungen und die zunehmende Übertragung von öffentlichen Aufgaben nebst ihren Schulden auf Fonds, Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen (FEU) beeinträchtigen in zunehmendem Maße die Aussagekraft der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Durch die schrittweise Einbeziehung dieser Einheiten in die finanzstatistische Darstellung wird diesem Sachverhalt Rechnung getragen.

Die Extrahaushalte des Bundes umfassen den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. sowie die verschuldeten Sondervermögen des Bundes. Zum 31. Dezember 2007 war dies nur noch der Entschädigungsfonds; die Schulden des ERP(European Recovery Program)-Sondervermögens sind am 1. Juli 2007 auf den Bund übergegangen. Die Extrahaushalte der Länder in der Finanzstatistik umfassen die ausgegliederten Hochschulen des Staatesektors mit eigenem Rechnungswesen sowie die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten Landesbetriebe/-anstalten für Statistik und für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr. Von den Extrahaushalten der Länder waren Ende 2007 nur der in Rheinland-Pfalz ansässige Landesbetrieb Mobilität (mit Kreditmarktschulden Ende 2007 in Höhe von 1,1 Mrd. Euro) und die Hochschulen von Hessen und Niedersachsen (mit Kreditmarktschulden 2007 von zusammen 1,7 Mill. Euro) verschuldet; daher werden zurzeit in der Schuldenstatistik nur diese Einheiten als Extrahaushalte der Länder nachgewiesen. Zu den Extrahaushalten der Gemeinden/Gv. werden statistisch die kameral buchenden kommunalen Zweckverbände gerechnet. Sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt, werden im Folgenden diese Extrahaushalte in die Darstellung mit einbezogen.

In früheren Veröffentlichungen bezog sich die Ergebnisdarstellung der Schuldenstatistik lediglich auf die öffentlichen Kernhaushalte sowie die Sondervermögen des Bundes und die kommunalen Zweckverbände. Die Extrahaushalte der Länder sowie der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. waren nicht einbezogen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden für diesen Beitrag die Ergebnisse des Jahres 2006 nach dem neuen Veröffentlichungskonzept aufbereitet und dargestellt.

Als Schulden werden in diesem Aufsatz in der Regel nur die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne betrachtet. Dazu zählen alle Wertpapierschulden und direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen sowie sonstigen in- und ausländischen Stellen, die zur Deckung einer in den öffentlichen Haushalten bestehenden Finanzierungslücke aufgenommen wurden, sowie die vornehmlich aus Vorkriegsschulden und Kosten der Währungsumstellung in den neuen Ländern zusammengesetzten Ausgleichsforderungen. Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen werden in die Darstellung nicht einbezogen. Die sogenannten Kassen(verstärkungs)kredite werden gesondert am Ende des Beitrages dargestellt. Der Schuldenstand wird jeweils zum Stichtag 31.12. eines Jahres statistisch erhoben. Berichtsperiode ist das jeweilige Kalenderjahr, nicht das Haushaltsjahr.

Überblick über die wichtigsten Ergebnisse

Trotz eines gestiegenen Steueraufkommens (u. a. durch die Steuersatzanhebung bei der Umsatzsteuer und eine Aufkommenssteigerung bei den Einkommensteuern durch die günstige konjunkturelle Entwicklung) und moderater

Ausgabenentwicklung der Gebietskörperschaften ist der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt weiter leicht angestiegen. Er erreichte am 31. Dezember 2007 mit 1 502,2 Mrd. Euro einen um 0,3 % höheren Betrag als im Vorjahr. Von dieser Summe entfielen 937,6 Mrd. Euro auf den Bund und seine Extrahaushalte (Anteil: 62,4 %), 482,8 Mrd. Euro auf die Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte (32,1 %) sowie 81,8 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.) einschließlich der kommunalen Zweckverbände (5,4 %). Der Schuldenstand beim Bund stieg um 0,6 %, der bei den Ländern um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Nur die Kreditmarktschulden von Gemeinden/Gv. waren geringer als im Vorjahr (– 3,2 %).

Neben den Schulden, die zur Schließung einer Einnahmелücke (Finanzierungsdefizit) der öffentlichen Haushalte dienen, nehmen die Gebietskörperschaften im Laufe eines Jahres auch Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Schwankungen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ihrer Kassen auf. Diese beliefen sich am 31. Dezember 2007 auf 50,9 Mrd. Euro. Davon entfielen 19,6 Mrd. Euro auf den Bund, 2,4 Mrd. Euro auf die Länder und 28,8 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. Insgesamt lag der Betrag der Kassenkredite um 5,3 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.

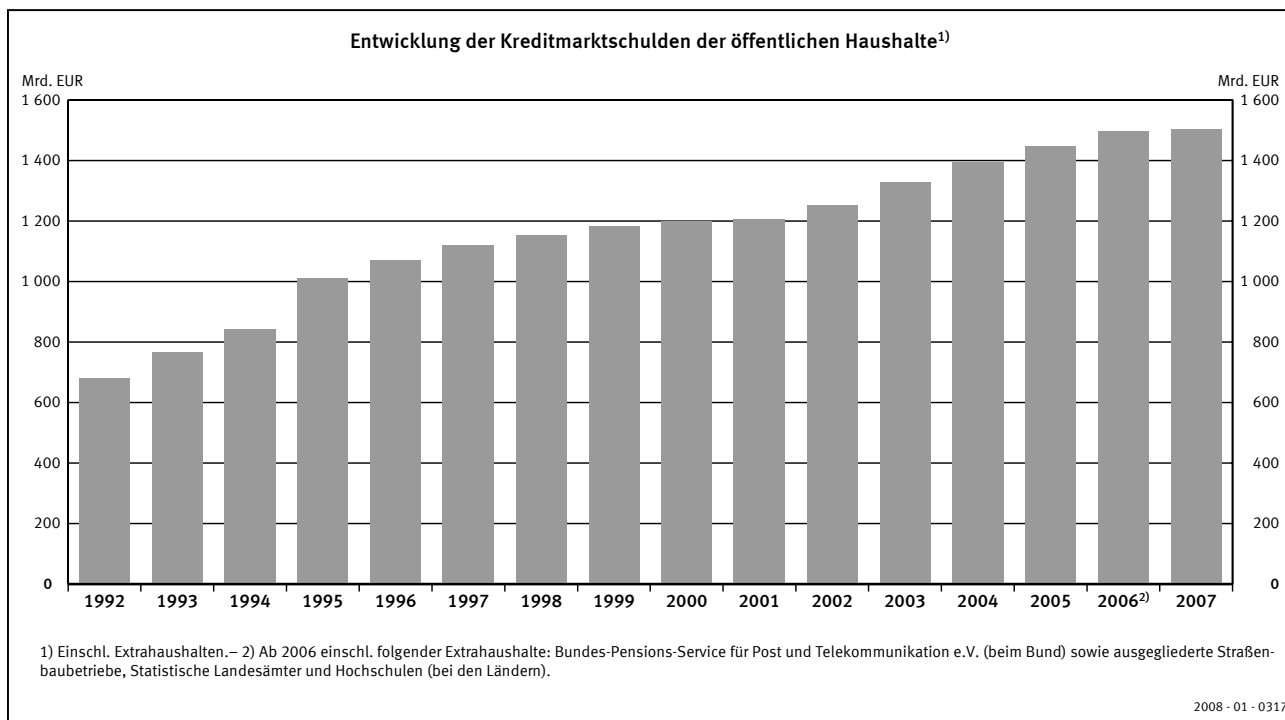
Die Kreditmarktschulden und Kassenkredite zusammen ergaben eine Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte von insgesamt 1 553,1 Mrd. Euro, diese war um 0,5 % höher als im Vorjahr. Davon entfielen 957,3 Mrd. Euro auf den Bund (+0,7 %), 485,2 Mrd. Euro auf die Länder (+0,5 %) und 110,6 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. (– 1,4 %).

Neben den Schulden der Kern- und Extrahaushalte der Gebietskörperschaften werden summarisch auch die Schulden der sonstigen selbstständigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfasst, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50 % beteiligt ist. Diese betragen im Jahr 2007 478,3 Mrd. Euro (– 0,2 % gegenüber 2006). Die Schulden des öffentlichen Sektors, dazu zählen die Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes sowie die der vorgenannten übrigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen beliefen sich damit Ende 2007 insgesamt auf 1 980,5 Mrd. Euro, das waren 0,2 % mehr als Ende 2006 mit 1 976,4 Mrd. Euro. Im weiteren Verlauf der Darstellung bleibt dieser Bereich unberücksichtigt.

Längerfristige Entwicklung

Im Jahr 1992 – dem Jahr, für das erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse in vergleichbarer Form vorlagen – belief sich der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt auf 679,9 Mrd. Euro. Trotz der Bemühungen der öffentlichen Gebietskörperschaften, ihre Haushalte zu konsolidieren, stieg der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte seit 1992 kontinuierlich bis auf insgesamt 1 502,2 Mrd. Euro im Jahr 2007 an. Die Schulden der öffentlichen Hand haben sich damit innerhalb dieses Zeitraums mehr als verdoppelt (+ 121 %). Besonders hoch waren die Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu Beginn der 1990er-Jahre infolge der finanzpolitischen Anforderungen durch die deutsche Vereinigung. Ein Vergleich der Ergebnisse für

Schaubild 1



2007 mit denen früherer Berichtsjahre ist durch die vorgenommenen Ausgliederungen aus den Kernhaushalten nur bedingt zulässig. Der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. emittierte erstmals 2005 Wertpapiere in Höhe von 8,0 Mrd. Euro, dieser Betrag ist in den dargestellten Ergebnissen für 2005 nicht enthalten. Der hinsichtlich seiner Verschuldung bedeutsame Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz wurde 2002 ausgegliedert. Die

Ausgliederung von Hochschulen aus den Landeshaushalten erfolgte in Niedersachsen ab dem Jahr 1995 und in Hessen ab dem Jahr 2000; deren Verschuldung ist allerdings relativ gering.

Tabelle 1: Entwicklung der Kreditmarktschulden nach Körperschaftsgruppen¹)

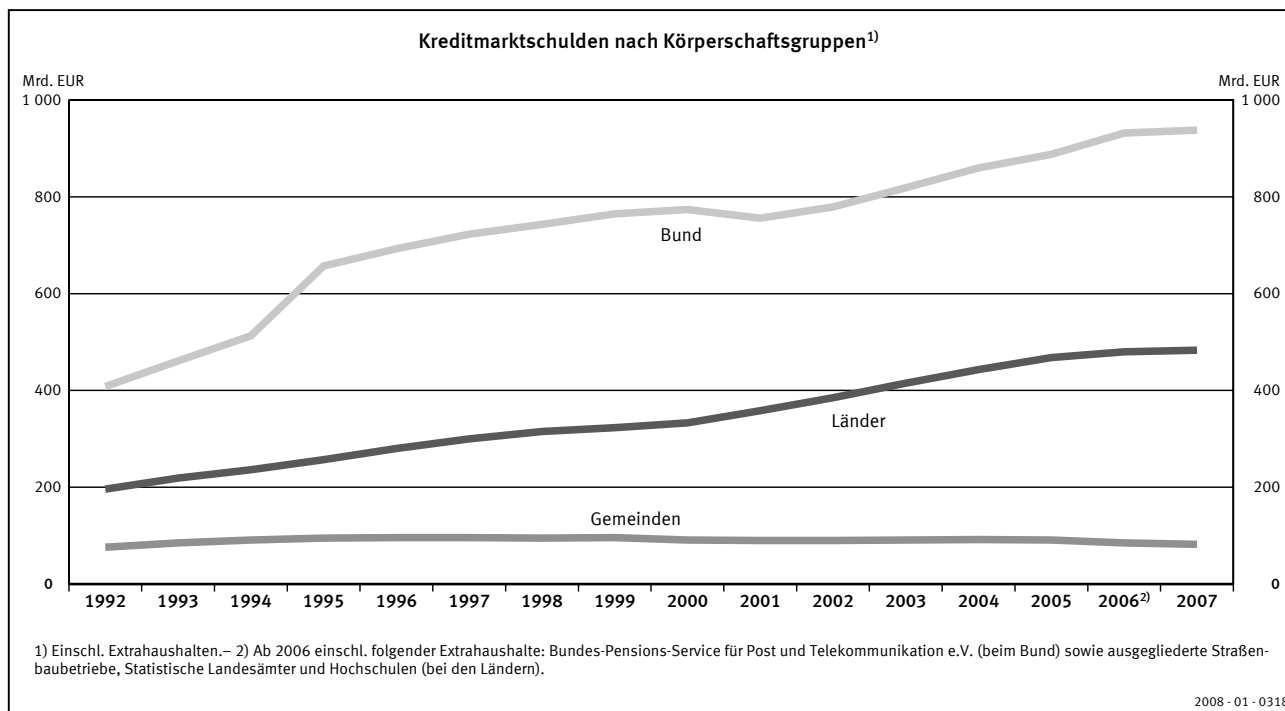
Jahr	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden/ Gv.
Mill. EUR				
1992	679 867	407 562	196 342	75 963
1993	765 510	461 357	219 135	85 018
1994	840 122	513 151	235 542	91 429
1995	1 009 323	657 060	257 336	94 927
1996	1 069 247	692 929	279 864	96 454
1997	1 119 076	723 405	299 744	95 927
1998	1 153 413	743 212	314 765	95 437
1999	1 183 062	764 576	322 672	95 815
2000	1 198 145	773 897	333 187	91 061
2001	1 203 887	756 374	357 684	89 829
2002	1 253 195	778 607	384 773	89 815
2003	1 325 733	819 283	414 952	91 498
2004	1 394 954	860 244	442 922	91 788
2005	1 447 505	888 020	468 214	91 271
2006	1 480 625	916 610	479 489	84 526
2006²)	1 497 111	932 110	480 475	84 526
2007	1 502 196	937 645	482 752	81 799
Prozent				
Veränderung 2007 gegenüber				
2006	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	- 3,2
1992	+ 121,0	+ 130,1	+ 145,9	+ 7,7

1) Einschl. Extrahaushalten. – 2) Ab 2006 einschl. folgender Extrahaushalte: Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (beim Bund) sowie ausgegliederte Straßenbaubetriebe, Statistische Landesämter und Hochschulen (bei den Ländern).

Die Schulden des Bundes haben sich zwischen 1992 und 2007 ebenfalls mehr als verdoppelt, von 407,6 Mrd. Euro auf 937,6 Mrd. Euro (+ 130,1 %). Lediglich im Jahr 2001 konnte mit - 2,3 % ein Rückgang der Schulden gegenüber dem Vorjahr verbucht werden. Der geringste Anstieg wurde mit + 1,2 % für das Jahr 2000 ermittelt. Grund hierfür war, dass die durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten Einnahmen zum großen Teil für die Schuldentilgung in den Jahren 2000 und 2001 verwendet werden konnten. Dagegen wurden zu Beginn der 1990er-Jahre vermehrt Schulden aufgrund der mit der deutschen Vereinigung verbundenen Lasten aufgenommen. Den höchsten Zuwachs gab es im Jahr 1995 mit + 28 %. Der Schuldenstand nahm in diesem Jahr insbesondere bei den Sondervermögen des Bundes (+ 82,3 %) zu, die Schulden beim Bund stiegen nur um 5,9 %. Der zum 1. Januar 1995 errichtete Erblastentilgungsfonds übernahm dabei die Verbindlichkeiten der zum Jahresende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von rund 105 Mrd. Euro sowie Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbaunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 16 Mrd. Euro.

Der Schuldenstand der Länderhaushalte ist – verglichen mit denen der anderen Gebietskörperschaften – innerhalb des betrachteten Zeitraums von 196,3 Mrd. Euro auf 482,8 Mrd. Euro und damit prozentual am stärksten angestiegen (+ 145,9 %). Hier wurde jedes Jahr eine Zunahme des Schuldenstandes ermittelt. Besonders hoch waren die Anstiege der Schulden in den neuen Bundesländern; in Mecklenburg-Vorpommern waren 2007 die Landesschulden 13-mal höher als 1992, in Thüringen zehnmal, und in Sach-

Schaubild 2



sen-Anhalt achtmal höher als 1992. Im Saarland stiegen die Kreditmarktschulden dagegen seit 1992 „nur“ um 34 % und in Bayern um 48 %.

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände waren mit 81,8 Mrd. Euro im Jahr 2007 um 7,7 % höher als im Jahr 1992 mit 76,0 Mrd. Euro. Von allen Ebenen war dies der geringste nachgewiesene prozentuale Anstieg. Darin zeigen sich Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums. Ein weiterer Grund für den geringen Anstieg liegt allerdings auch darin, dass die Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Schulden dieser Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen und Einrichtungen übernommen und bleiben in dieser Darstellung in der Regel unberücksichtigt. Auch dürfte das Ausweichen auf kurzfristige Kassenkredite diese Entwicklung mit beeinflusst haben (s.u.). Zu berücksichtigen ist außerdem, dass für das gesamte Bundesgebiet seit 2006 nur noch die Schulden der kameral buchenden Zweckverbände bei den öffentlichen Haushalten nachgewiesen werden, die der kaufmännisch buchenden Zweckverbände werden dagegen bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen verbucht. Diese Vorgehensweise wurde ab 1994 in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten umgesetzt. Sollten zudem Zweckverbände vom kameralen Rechnungswesen auf kaufmännische Buchführung umsteigen, so zählen diese Einheiten nicht mehr zu den öffentlichen Haushalten.

Auch bei den Gemeindehaushalten sind die Schulden hauptsächlich in den neuen Ländern angestiegen, in Mecklenburg-Vorpommern (+ 127,0 %) und Thüringen (+ 108,7 %) haben sie sich von 1992 bis 2007 mehr als verdoppelt, in Sachsen-Anhalt (+ 98,4 %) und Sachsen (+ 91,4 %) nahezu

verdoppelt. Im Saarland (– 40,3 %), Baden-Württemberg (– 16,2 %), Niedersachsen (– 17,0 %), Hessen (– 15,2 %) und in Nordrhein-Westfalen (– 6,3 %) ging die Belastung der Gemeindehaushalte durch Kreditmarktschulden dagegen zurück.

Aktuelle Entwicklung 2007

Bund

Zum Jahresende 2007 waren der Bund und seine Extrahaushalte mit 937,6 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Davon waren 922,0 Mrd. Euro (+ 2,2 % gegenüber dem Vorjahr) dem Kernhaushalt des Bundes und 15,6 Mrd. Euro den

Tabelle 2: Kreditmarktschulden 2007 nach Körperschaftsgruppen und Schuldarten
Mill. EUR

Schuldarten	Ins-gesamt	Bund¹)	Länder¹)	Gemein-den/Gv.²)
Kreditmarktschulden	1 480 954	917 527	481 628	81 799
Wertpapiersschulden	1 130 506	901 101	229 149	256
darunter:				
Anleihen	579 356	577 601	1 500	256
Bundesschatzbriefe und				
-anweisungen	112 165	112 165	–	–
Bundessobligationen	173 949	173 949	–	–
Landesobligationen/				
-schatzanweisungen	225 192	–	225 192	–
Direkte Darlehen	350 449	16 426	252 479	81 543
darunter von:				
inländischen Banken und				
Sparkassen	256 374	4 709	173 502	78 163
inländischen Versicherungs-				
unternehmen	64 149	10 498	53 503	147
Ausgleichsforderungen	4 518	4 518	–	–
Insgesamt ...	1 485 472	922 045	481 628	81 799

1) Nur Kernhaushalte. – 2) Einschl. Zweckverbänden.

Extrahaushalten zuzurechnen (-48,1%). Hier ist zu beachten, dass die Schulden des ERP-Sondervermögens zum 1. Juli 2007 auf den Bundshaushalt übergegangen sind; das ERP-Sondervermögen war zum 31. Dezember 2006 mit 14,4 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet.

Beim Kernhaushalt des Bundes überwogen mit 901,1 Mrd. Euro (Anteil: 97,7%) die in Wertpapieren verbrieften Schulden, darunter waren 577,6 Mrd. Euro Anleihen, 173,9 Mrd. Euro Bundesobligationen und 112,2 Mrd. Euro Bundes-schatzbriefe und -schatzanweisungen. Über direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und sonstigen Institutionen hatte sich der Bund 1,8% aller Mittel beschafft, während die Ausgleichsforderungen nur noch 0,5% seiner Schulden ausmachten.

Im Verlauf des Jahres 2007 nahm der Kernhaushalt des Bundes 219,3 Mrd. Euro neu am Kreditmarkt auf, gleichzeitig tilgte er Schulden in Höhe von 216,2 Mrd. Euro. Von den neuen Schuldverträgen wurden 33,3% mit einer kurzfristigen Laufzeit (bis einschließlich einem Jahr) abgeschlossen, 25,8% mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und 40,9% mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).

Tabelle 3: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2007¹⁾ nach Körperschaftsgruppen
Mill. EUR

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zu-sammen	dar.: Wert-papier-schulden	zu-sammen	dar.: Wert-papier-schulden
Bund ²⁾	219 305	218 694	216 162	203 293
Länder ²⁾	70 469	42 787	68 378	30 526
Gemeinden/Gv.	7 783	-	10 376	-
dar.: Zweckverbände	226	-	290	-
Insgesamt ...	297 557	261 481	294 915	233 818

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne. – 2) Nur Kernhaushalte.

Länder

Am 31. Dezember 2007 betrug der Schuldenstand der Länder und deren Extrahaushalte 482,8 Mrd. Euro; im Vergleich zum Vorjahr war dies eine Zunahme um 0,5%. Der Zuwachs der Kreditmarktschulden in den Flächenländern betrug 1,0%, wobei die höchsten Anstiege im Saarland (+4,7%), Sachsen-Anhalt (+4,0%) und Rheinland-Pfalz (+2,2%) ermittelt wurden. In Mecklenburg-Vorpommern (-6,2%), Sachsen (-4,6%), Bayern (-1,3%) sowie Thüringen (-0,6%) war dagegen der Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die Entwicklung in den Stadtstaaten (-1,5%) war sehr unterschiedlich: In Bremen wuchs der Schuldenstand um 6,9%, in Hamburg war er nahezu unverändert (+0,1%) und in Berlin verringerte er sich um 4,0%.

481,6 Mrd. Euro Kreditmarktschulden entfielen auf die Kernhaushalte der Länder (+0,4%). 229,1 Mrd. Euro bzw. 47,6% des Schuldenbestandes der Länder am Jahresende 2007 waren Wertpapiersschulden, darunter 225,2 Mrd. Euro Landesobligationen bzw. -schatzanweisungen. 252,5 Mrd.

Euro bzw. 52,4% entfielen auf direkte Darlehen, davon waren 173,5 Mrd. Euro Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 70,5 Mrd. Euro Schulden von den Länderkernhaushalten neu aufgenommen, gegenüber dem Vorjahr war dies eine Abnahme um 9,2%. Im gleichen Zeitraum wurden Tilgungen von 68,4 Mrd. Euro (+3,3%) geleistet. Rund 14% der neu aufgenommenen Schulden der Länder waren 2007 in kurzfristigen, 23% in mittelfristigen und 63% in langfristigen Verträgen kontrahiert.

Tabelle 4: Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden/Gv.¹⁾ 2007 nach Bundesländern

Land	Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	Verände-rung gegenüber 2006 in %	Mill. EUR	Verände-rung gegenüber 2006 in %
Flächenländer	390 183	+1,0	81 799	-3,2
Baden-Württemberg ...	41 710	+1,6	6 560	-6,8
Bayern	22 766	-1,3	14 652	-3,8
Brandenburg	17 280	+0,8	1 639	-0,5
Hessen	29 969	+2,1	8 278	-2,1
Mecklenburg-Vorpommern	10 074	-6,2	1 755	-3,6
Niedersachsen	49 446	+1,4	7 479	-2,0
Nordrhein-Westfalen ...	114 091	+1,1	23 310	-2,4
Rheinland-Pfalz	26 825	+2,2	4 892	-0,6
Saarland	9 143	+4,7	956	-0,4
Sachsen	11 064	-4,6	4 270	-5,3
Sachsen-Anhalt	20 082	+4,0	3 035	-4,7
Schleswig-Holstein ...	22 029	+1,2	2 361	-5,5
Thüringen	15 704	-0,6	2 611	-4,3
Stadtstaaten	92 569	-1,5	-	-
Berlin	56 645	-4,0	-	-
Bremen	14 305	+6,9	-	-
Hamburg	21 619	+0,1	-	-
Insgesamt ...	482 752	+0,5	81 799	-3,2

1) Einschl. Extrahaushalten.

Gemeinden/Gv.

Die Gemeinden/Gv. einschließlich der kommunalen Zweckverbände waren Ende 2007 mit insgesamt 81,8 Mrd. Euro verschuldet und damit um 3,2% niedriger als im Vorjahr. Davon entfielen 79,2 Mrd. Euro auf die kommunalen Kernhaushalte und 2,6 Mrd. Euro auf die kommunalen Zweckverbände. In allen Ländern war der Schuldenstand der Kommunen rückläufig, am stärksten in Baden-Württemberg (-6,8%) und in Schleswig-Holstein (-5,5%).

78,2 Mrd. Euro bzw. 95,6% der kommunalen Schulden stammten aus direkten Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen, 3,4 Mrd. Euro bzw. 4,1% entfielen auf direkte Darlehen bei sonstigen Kreditgebern und nur 0,3% der Schulden waren als Anleihen verbrieft.

Im Jahr 2007 nahmen die Kommunen mit 7,8 Mrd. Euro 8,6% weniger Schulden als im Vorjahr neu auf, gleichzeitig wurden Schulden in Höhe von 10,4 Mrd. Euro getilgt, fast genauso viele wie im Vorjahr. Von den 2007 neu aufgenommenen Schulden hatten 6,4% eine kurzfristige, 6,2% eine mittlere und 87,4% eine langfristige Laufzeit.

Tabelle 5: Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv.¹⁾ nach Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Körperschaften		Kreditmarktschulden			Kreditmarktschulden je Einwohner	
	2006	2007	2006	2007	Veränderung 2007 gegenüber 2006	2006	2007
	Anzahl		Mill. EUR		%	EUR	
Kreisfreie Städte	112	112	27 294	26 118	-4,3	1 335	1 276
20 000 – 50 000	17	17	920	861	-6,4	1 268	1 195
50 000 – 100 000	30	29	2 341	2 200	-6,0	1 119	1 108
100 000 – 200 000	32	33	4 735	4 898	3,4	1 049	1 061
200 000 – 500 000	23	23	8 119	7 711	-5,0	1 279	1 216
500 000 und mehr	10	10	11 180	10 447	-6,6	1 654	1 535
Kreisangehörige Gemeinden	12 204	12 188	37 776	36 703	-2,8	673	656
unter 1 000	4 854	4 869	1 127	1 066	-5,4	476	450
1 000 – 3 000	3 315	3 297	3 376	3 252	-3,7	571	552
3 000 – 5 000	1 268	1 264	2 950	2 828	-4,1	603	580
5 000 – 10 000	1 311	1 303	5 590	5 499	-1,6	607	598
10 000 – 20 000	872	871	6 977	6 718	-3,7	577	559
20 000 – 50 000	495	495	10 194	10 103	-0,9	697	692
50 000 – 100 000	77	78	5 383	5 172	-3,9	1 044	985
100 000 und mehr	12	11	2 178	2 065	-5,2	1 167	1 170
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	745	739	1 382	1 358	-1,7	170	168
Landkreise	323	323	14 061	13 813	-1,8	251	247
Bezirksverbände	16	16	1 363	1 246	-8,6	26	24
Gemeinden/Gv. insgesamt ...	13 400	13 378	81 877	79 239	-3,2	1 069	1 037

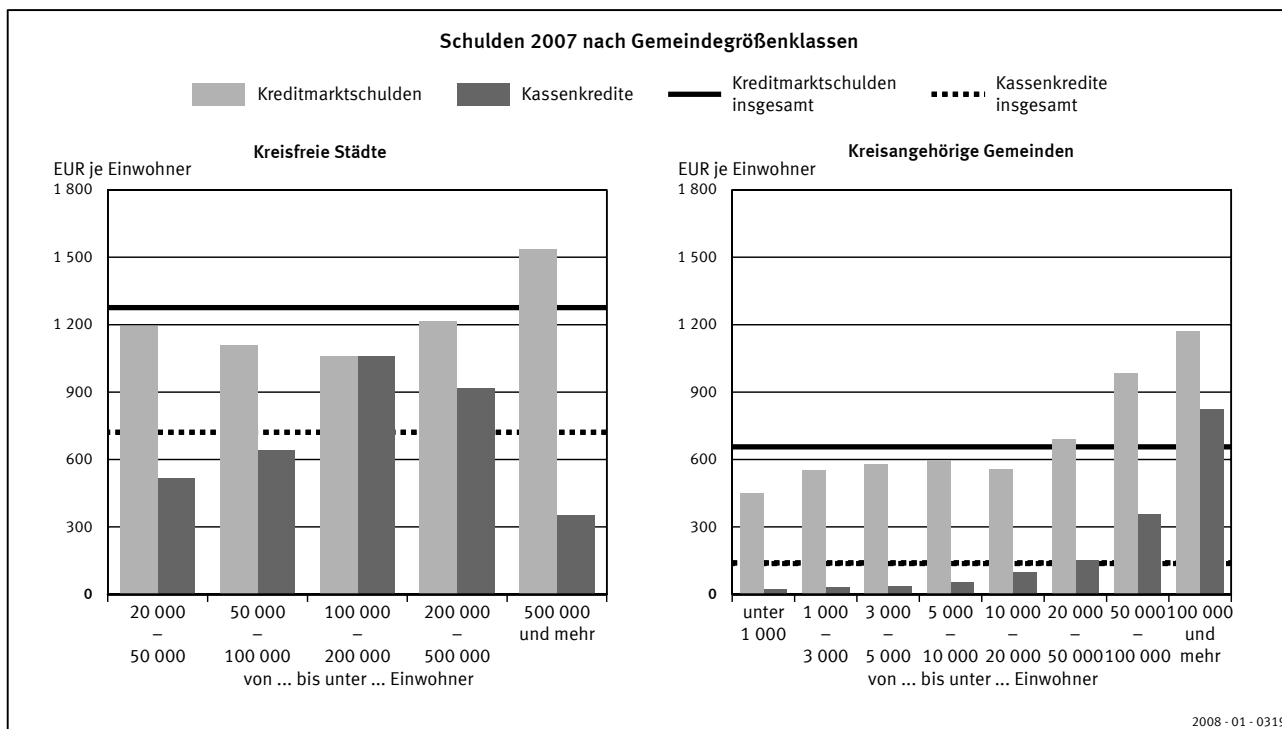
Schulden nach Gemeindegrößenklassen

Die Schulden der Gemeinden/Gv. betragen rechnerisch durchschnittlich 1 037 Euro je Einwohner. Würde man die Kassenkredite hinzunehmen, so käme ein Betrag von durchschnittlich 376 Euro je Einwohner hinzu. Die Haushalte der kreisfreien Städte weisen die höchsten Schuldenstände je Einwohner auf; im Jahr 2007 ergaben sich je Einwohner rechnerisch durchschnittlich 1 276 Euro kommunale Schulden. Bei den kreisangehörigen Gemeinden

waren es im Durchschnitt 656 Euro je Einwohner. Ein Grund für die höhere Verschuldung der kreisfreien Städte ist, dass diese auch kommunale Aufgaben wahrnehmen, die bei den kreisangehörigen Gemeinden von den Landkreisen bzw. in einigen Bundesländern von Ämtern, Samtgemeinden oder Verbandsgemeinden wahrgenommen werden; letztere hatten 2007 Schulden von 247 bzw. 168 Euro je Einwohner.

Nach Gemeindegrößenklassen betrachtet zeigt sich, dass größere kreisangehörige Gemeinden in der Regel eine

Schaubild 3



2008 - 01 - 0319

höhere Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen als kleinere (Ausnahme: Größenklasse 10 000 bis unter 20 000 Einwohner). Bei Einbeziehung der Kassenkredite steigt die Pro-Kopf-Verschuldung ohne Ausnahme kontinuierlich mit der Einwohnerzahl der kreisangehörigen Gemeinden an.

Bei den kreisfreien Städten sinken die Kreditmarktschulden je Einwohner zunächst mit steigender Einwohnerzahl, der niedrigste Wert wird für die Größenklasse der kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern nachgewiesen (1 061 Euro). Danach steigt der Wert dann wieder an. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen mit 1 535 Euro die kreisfreien Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern auf. Diese Städte erfüllen aufgrund ihrer zentralen Stellung auch überörtliche Funktionen. Jede Kommune dieser Größenklasse hatte 2007 rechnerisch durchschnittlich 1,0 Mrd. Euro an Kreditmarktschulden und 240 Mill. Euro an Kassenkrediten zu verzeichnen. Bezieht man die Kassenkredite mit ein, so wiesen die kreisfreien Städte mit 200 000 bis unter 500 000 Einwohnern die höchsten Werte für die Pro-Kopf-Verschuldung auf: 2 133 Euro insgesamt, davon 1 216 Euro Kreditmarktschulden und 917 Euro Kassenkredite je Einwohner. Nahezu gleich hoch war die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung bei Städten mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern: Diese Einheiten haben zwar mit 1 061 Euro die geringsten Kreditmarktschulden je Einwohner, aber mit 1 061 Euro auch die höchsten Kassenkredite je Einwohner, sodass die Gesamtverschuldung je Einwohner 2 123 Euro beträgt.

Kassenkredite

Die Verschuldungssituation wird durch die nachgewiesenen Kreditmarktschulden nur unzureichend dargestellt. Zunehmend wichtiger und problematischer werden die sogenann-

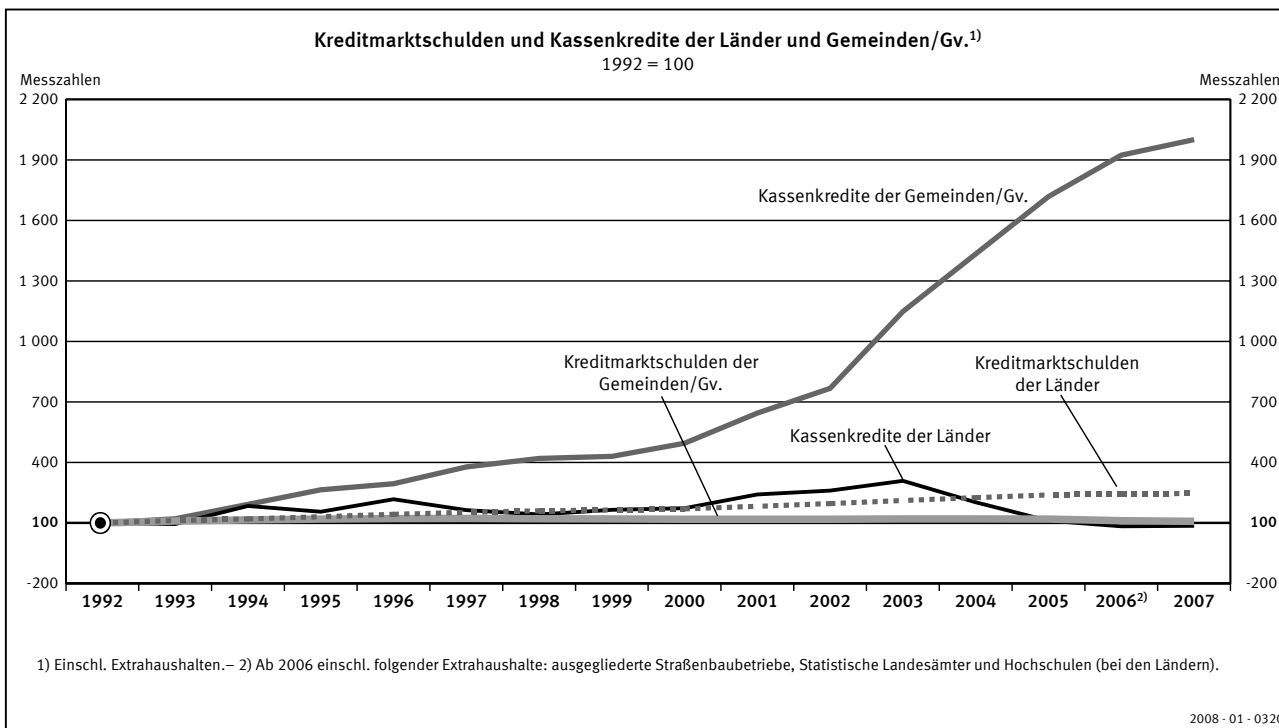
ten Kassenkredite. Diese werden insbesondere bei den Kommunen immer häufiger zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt.

Am 31. Dezember 2007 standen bei Bund, Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden neben den Kreditmarktschulden zur Finanzierung ihrer Haushalte zusätzlich 50,9 Mrd. Euro an Kassenkrediten zu Buche. Dies waren 5,3 % mehr als im Vorjahr. 1992 betrug die Kassenkredite der öffentlichen Haushalte 6,5 Mrd. Euro; seitdem haben sich diese um das Achtfache erhöht. Die Kreditmarktschulden sind dagegen in diesem Zeitraum nur um rund das Zweifache angestiegen. Der Stand der Kassenkredite betrug beim Bund 19,6 Mrd. Euro (+ 7,7 % gegenüber 2006) und bei den Ländern 2,4 Mrd. Euro (+ 2,9 %).

Kassenkredite werden besonders häufig von den Gemeinden/Gv. genutzt. 56,7 % bzw. 28,8 Mrd. Euro aller Kassenkredite entfielen auf sie. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um 4 %. Die Relation der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv. betrug damit 35,2 %. Seit 1992 sind die von den Gemeinden/Gv. aufgenommenen Kassenkredite um das 20-Fache angestiegen, während die von ihnen aufgenommenen Kreditmarktschulden nur um 7,7 % anstiegen. 1992 ergab das Verhältnis der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv. 1 : 53, 2007 lag die entsprechende Relation – wie oben dargestellt – bei rund 1 : 3. In den Kommunen von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz beliefen sich die aufgenommenen Kassenkredite im Jahr 2007 auf mehr als die Hälfte der entsprechenden Kreditmarktschulden, im Saarland überwogen die Kassenkredite sogar die Kreditmarktschulden.

Für die übrigen Gebietseinheiten spielen Kassenkredite keine große Rolle. Das Verhältnis der Kassenkredite zu den

Schaubild 4



Kreditmarktschulden betrug 2007 beim Bund 1:48 und bei den Ländern rund 1:200.

Schulden je Einwohner

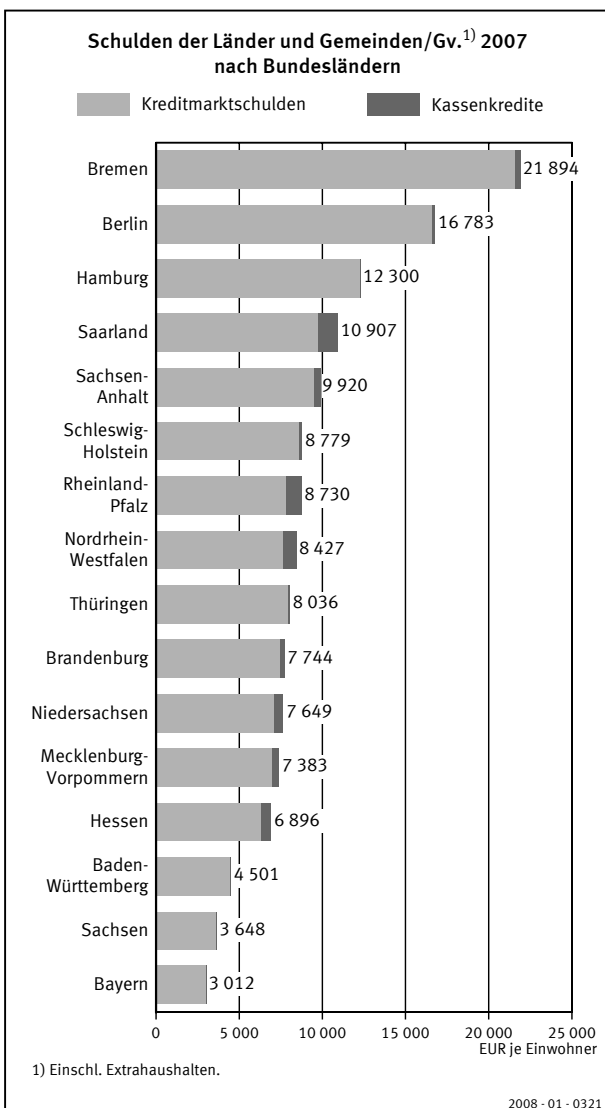
Die Messzahl Schulden je Einwohner ermöglicht einen regionalen Vergleich der öffentlichen Schuldenlast. Um die Schuldenbelastung der Gebietskörperschaften möglichst vollständig aufzuzeigen, werden neben den Kreditmarktschulden auch die Kassenkredite in die Darstellung miteinbezogen. Die Schuldendaten von Ländern und Gemeinden/Gv. wurden dabei zusammengefasst, um die zwischen den Ländern bestehende unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen diesen Haushaltsebenen zu neutralisieren. Die Schulden des Bundes in Höhe von 11 637 Euro je Einwohner bleiben beim Vergleich unberücksichtigt, da diese sich regional nicht unmittelbar zuordnen lassen.

Zum Jahresende 2007 ergab sich aus den Kreditmarktschulden und Kassenkrediten der Länder und Kommunen insgesamt rechnerisch je Einwohner ein Betrag von 7 243 Euro,

19 Euro mehr als zum Ende 2006. Von diesem Gesamtbeitrag entfielen 5 898 Euro auf die Schulden der Landeshaushalte und 1 447 Euro auf die Schulden der kommunalen Haushalte.

Von den Bundesländern wiesen Bayern mit 3 012 Euro und Sachsen mit 3 648 Euro rechnerisch die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer wurde für das Saarland mit 10 907 Euro und für Sachsen-Anhalt mit 9 920 Euro ermittelt. Deutlich höher war die Pro-Kopf-Verschuldung in den Stadtstaaten. Je Einwohner aller Stadtstaaten zusammen errechneten sich 16 010 Euro Schulden. Der Pro-Kopf-Wert für Hamburg lag bei 12 300 Euro, für Berlin bei 16 783 Euro und für Bremen bei 21 894 Euro. Die größten Zunahmen gegenüber dem Vorjahr gab es in Bremen (+ 1 581 Euro) und im Saarland (+ 539 Euro). [u](#)

Schaubild 5



Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt